



## **Medieninformation**

IG Metall Bezirk Frankfurt

30. März 2011  
Nr. 16/2011

### **Neuordnung des Thüringer Arbeitsmarktes**

#### **IG Metall weist Kritik von VWT als realitätsfremd zurück**

**Frankfurt/Erfurt.** „Wer sich beim Pokern mit gezinkten Karten selbst betrügt, verdient kein Vertrauen“, mit diesen Worten hat der Bezirksleiter und Verhandlungsführer der IG Metall für die thüringische Metallindustrie, Armin Schild, heute die Kritik des Arbeitgeberverbandes VWT an der Neuordnung der Wirtschaftsförderung in Thüringen zurück gewiesen.

Schild erklärte, dass es weder im Interesse der Steuerzahler noch im Interesse der Arbeitnehmer und erst recht nicht im Interesse der thüringischen Wirtschaft liege, wenn Mittel der Wirtschaftsförderung zur Verdrängung sicherer Arbeitsplätze durch prekäre Leiharbeit missbraucht würden. „Wenn Belegschaften zu einem Drittel aus extrem prekär beschäftigten Leiharbeitern bestehen, hat das nichts mit Flexibilität, aber viel mit verdeckter Subvention von Billiglohn und Tarifdumping zu tun,“ so der Bezirksleiter.

Wer, wie der VWT, für Schuldenbremse und Senkung der Steuerlast sei, der müsse die thüringische Landesregierung und Wirtschaftsminister Machnig für die Entscheidung loben. Es muss Schluss sein damit, dass Unternehmen durch die bedingungslose Gewährung von Wirtschaftsförderung auch noch systematisch dazu angehalten werden, auf Kosten des Steuerzahlers Leiharbeit zu Lasten der Stammbeschaften auszuweiten.

Als richtig und konsequent, bezeichnete der IG Metall Bevollmächtigte für Mittelthüringen und Landtagsabgeordnete Wolfgang Lemb die Initiative des Ministers. „Er setzt genau das um, was er angekündigt hat, nämlich für mehr Ordnung am Thüringer Arbeitsmarkt zu sorgen.“

Die Arbeitgeber müssten sich endlich entscheiden, was sie denn nun eigentlich wollten. „Entweder sie regen sich weiter auf und blockieren Gespräche mit uns über equal pay oder sie verschließen weiterhin ihre Augen, was in den Betrieben tatsächlich abläuft“, erklärte Lemb.

Die Arbeitgeber verfangen sich in ihren eigenen Widersprüchen. Für die IG Metall seien hohe Leiharbeitsquoten in manchen Betrieben nicht länger hinnehmbar. Als Beispiele nannte Lemb die Firma Polytec oder Voestalpine in Ostthüringen, in denen die Leiharbeitsquote bei über 50% liege.

Schild forderte die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände erneut auf, eine tarifliche Regelung zur Gleichstellung der Leiharbeiter, wie in der Stahlindustrie, mit der IG Metall zu treffen. Das lasse der DGB-BZA Tarifvertrag ausdrücklich zu. Flexibilität und Fairness seien kein Widerspruch.

**IG Metall Bezirk Frankfurt für Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen**

**Presse, Medien, Kommunikation**

[bezirk.frankfurt-am-main@igmetall.de](mailto:bezirk.frankfurt-am-main@igmetall.de)

<http://www.igmetall-bezirk-frankfurt.de>

Tel.: 069-6693-3303 /mobil: 0170-3333-667

Verantwortlich: Jörg Köhlinger